

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchentl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst, Sport, Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Dringertafeln monatlich 90 Pf. Vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—, Erhalten! tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Bestellungen werden die 6spaltigen Zeitzeile mit 90 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsangehörige 35 Pf. Inzerats müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 287.

Dresden, Mittwoch den 11. Dezember 1912.

23. Jahrg.

Die Erste Kammer nahm gestern das Gemeindeförderungsgesetz in der verbesserten Fassung ohne wesentliche Änderungen an.

Die sächsische Staatsregierung bestritt in der heutigen Sitzung der Beschwerdekommission den gemäß reglementarisch das Recht, sich mit Petitionen an den Landtag zu wenden.

Wegen angeblicher Verleumdung des freisinnigen Landtagsabgeordneten Probauf durch die Volkstimme wurde in Chemnitz Genosse Müller zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Bei der Reichsregierung wird erklärt, daß der Reichstag im Kriegministerium in seinem Zusammenhange mit der auswärtigen Politik stehe.

Fanfare gegen das Koalitionsrecht.

Die in Deutschland herrschenden stellen wahrhaft ungeheure Forderungen an das Volk. Sie sagen, es sei eine Zeit voll äußerster Schwierigkeiten, die jeden Angehörigen zum Opfer für das Vaterland rufen. Sie sprechen täglich und stündlich von der Notwendigkeit, daß die Deutschen sich als einig Volk drohenden Gefahren entgegenstellen. Und dieselben Herrscherben betreiben demselben Volk die elementarsten Staatsbürgerrechte, vergewaltigen das Volk wie in seiner materiellen Existenz so in seinen Rechten und in seiner Menschlichkeit. Sie tragen dreist und frech die Forderung des Koalitionsrechtes nach endlicher Herbeiführung eines besseren Koalitionsrechtes. Sie verflummern der ganzen deutschen Nation das Vereinigungsrecht durch künstliche Gesetzesänderungen, durch Drangsalierungen und Schikanierungen. Von dieser rücksichtslosen Unterdrückungspolitik der Reben der Regierungsbereiter im Reichstage kann kein Zweifel mehr sein. Das waren scharfe Sanjaren gegen das Koalitionsrecht der Arbeiterklasse.

Die scharfen Maßnahmen der preussischen Heeresverwaltung gegen den Militärarbeiterverband haben die Arbeiter in Arbeiterfragen genug große Gebuld der sächsischen Volkspartei zur Interpellation veranlaßt. Der Reichstag hat die Interpellation in lebhafter Rede beantwortet. Die sächsische Regierung hat die Interpellation im Reichstag beantwortet. Die sächsische Regierung hat die Interpellation im Reichstag beantwortet. Die sächsische Regierung hat die Interpellation im Reichstag beantwortet.

Die Wiener Nachricht vom Wechsel im österreichischen Kriegsministerium veranlaßt im Blätterwalde beunruhigendes Gerücht. Der österreichische Kriegsminister und der Chef des Generalstabes sind entlassen worden und Herr Conrad v. Hörsing wird wieder Generalstabschef, nachdem er dies Amt ein Jahr zuvor auf Verlangen des damaligen Ministers des Reichens, des Grafen Khevenhuller, hatte verlassen müssen. Das sind Umstände, die politischen Zeichendeutern, Gebarden- und Wörtchenmanagern wieder Anlaß geben, die Welt mit neuen Alarmgerüchten zu beunruhigen. Die einen wollen wissen, daß die Berufung der zwei „starken Männer“ ein Stieg der Kriegsklärung der Thronfolgerpartei sei, andere melden Gerüchte, wonach Oesterreich bereits ein Ultimatum an Serbien losgelassen habe und daß man direkt vor der Entscheidung stehe. Alle diese Gerüchte sind mehr oder weniger blinder Alarm. So heißt es in einem Telegramm aus Wien:

bringen, ersparte sich der Staatssekretär und er erntete für seine arbeiterfeindliche Rede den stürmischen Jubel der Parteien auf der rechten Seite des Hauses.

Der preussische Kriegsminister v. Heeringen überlegte die Delbrück'schen Ausführungen ins militärisch Vergröberliche, in lächerlichem Auftrumpfen. Er konnte sich gar nicht genug tun, über „Wißbrauch der Kritik“, von den „maßlosen Heereien“ des Militärarbeiterverbandes zu lärmern. Er sagte auch recht offenherzig, daß die Arbeiter in staatlichen Betrieben überhaupt keine Verbände brauchen, daß sie sich an den famosen Arbeiterausschüssen genügen lassen und im übrigen auf das Wohlwollen ihrer Vorgesetzten vertrauen sollen.

Unser Parteigenosse Bauer, Mitglied der General-Kommission der Gewerkschaften, antwortete den Herren Staatsmännern mit der ruhigen Sicherheit, die aus dem Gefühl entspringt, für eine unantastbar gute Sache zu sprechen. Er legte treffend dar, daß das Verhalten der Staatsbehörden sowohl dem Vereinsgesetz als auch dem bürgerlichen Gesetzbuch widerspricht, daß es dem Grundgesetz der guten Sitte Hohn spricht. Die berufenen Vertreter der Staatsgewalt, so erklärte der Redner, vertreten Auffassungen, die den Gesetzen ins Gesicht schlagen, und sie, die die Gesetze fernhalten wollen, suchen die Ungeheuerlichkeit zu begründen mit Worten, wie sie jesuitischer nicht möglich sind. Bauer zeigte ausführlich, daß der Militärarbeiter-Verband sich durchaus nur in den Grenzen einer milden Vertretung der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder gehalten habe. Er schilderte die mühseligen Lebensverhältnisse dieser Berufsleute. Er rief den Ministern zu, daß sie mit drakonischen Maßnahmen nimmermehr Zufriedenheit schaffen würden, daß sie die Ursachen der Mißstimmung beseitigen und die Persönlichkeitsrechte der Arbeiter achten müßten. Wenn der Staat „lokale Arbeiter“, bloß weil sie sich erdreisten, die Verbesserung ihrer Lebenshaltung zu erstreben, in Acht und Bann tue, so werde er nur Sozialdemokraten züchten. Der Redner besprach auch eingehend das Vorgehen der Eisenbahnbehörden gegen die technischen Angestellten, das Kündigungsrecht der Eisenbahndirektionen, das ein Dokument von unserer Zeiten Schande darstelle. Die Behörden machten sich geradezu der Verdrückung und Völlerei schuldig, sie würden, wenn es nach dem Gesetze ginge, auf längere Zeit hinter schwedische Gardinen gesteckt werden müssen. Dies scharfe Wort wurde durch den Ordnungsruf des Präsidiums noch besonders kräftig unterstrichen.

Leider zeigte es sich auch in dieser Debatte wieder, daß die sogenannten christlichen Arbeiterführer keinen anderen Ehrgeiz mehr kennen, als der Regierung elende Wählbrosen zu leisten. Wenn jemals, so war es nach den Reden der Delbrück und Heeringen notwendig, eine einheitliche Front der Arbeiterklasse gegen die Vergewaltiger des Koalitionsrechtes herzustellen. Aber der Zentrumsmann Schirmer aus Bayern erging sich in allerlei beweislosen Behauptungen über sozialdemokratische Religionsfeindschaft und Terrorismus. Seiner Partei Arbeiterpolitik zeigt er in aller Herrlichkeit, indem er das große Wort gelassen sprach: Wenn wir den Schutz des Koalitionsrechtes wollen, so haben wir mehr Vertrauen zur Regierung als zur Sozialdemokratie.

Fürwahr, die Fanfaren der Regierungslente und ihres Zentrumsgefolges gegen das Koalitionsrecht werden zahlreiche deutsche Männer aufwachen, die als Arbeiter und Angestellte in öffentlichen Betrieben ihre Grundrechte noch einigermaßen geschützt glauben. Und die Aufgerüttelten werden Kämpfer werden für Recht und Freiheit!

Alarmgerüchte und Bechwichtigungen.

Die Wiener Nachricht vom Wechsel im österreichischen Kriegsministerium veranlaßt im Blätterwalde beunruhigendes Gerücht. Der österreichische Kriegsminister und der Chef des Generalstabes sind entlassen worden und Herr Conrad v. Hörsing wird wieder Generalstabschef, nachdem er dies Amt ein Jahr zuvor auf Verlangen des damaligen Ministers des Reichens, des Grafen Khevenhuller, hatte verlassen müssen. Das sind Umstände, die politischen Zeichendeutern, Gebarden- und Wörtchenmanagern wieder Anlaß geben, die Welt mit neuen Alarmgerüchten zu beunruhigen. Die einen wollen wissen, daß die Berufung der zwei „starken Männer“ ein Stieg der Kriegsklärung der Thronfolgerpartei sei, andere melden Gerüchte, wonach Oesterreich bereits ein Ultimatum an Serbien losgelassen habe und daß man direkt vor der Entscheidung stehe. Alle diese Gerüchte sind mehr oder weniger blinder Alarm. So heißt es in einem Telegramm aus Wien:

In hiesigen Wärsentreisen wollte man heute mit Bestimmtheit wissen, daß die österreichisch-ungarische Regierung schon in den nächsten Tagen in Belgrad in positiver Form die Forderung stellen werde, ob es keine Wünsche und Ansprüche mit den Interessen Oesterreich-Ungarns in Einklang zu bringen gedenke oder es auf einen Krieg ankommen lassen wolle. Da jedoch nach neuesten Belgrader Meldungen derzeit dort die Partei, die den Frieden mit Oesterreich-Ungarn will, stärker ist als die Kriegspartei, so erwartet man, daß Serbien nachgeben wird und daß der österreichisch-serbische Konflikt nunmehr in friedlicher Weise zur Lösung gelangen dürfte. Auch eine Berliner Note der königlichen Zeitung strift die Alarmmache lägen und meldet von einem Abflauen

der österreichisch-serbischen Spannung. Die internationale Lage, heißt es in dieser Note, hat nicht nur keine Verschärfung angenommen, sondern es scheint sogar ziemlich sicher zu sein, daß in den letzten Tagen die Entspannung zwischen Wien und Petersburg gewisse Fortschritte gemacht hat. Der serbisch-österreichische Streit ruht einstweilen angefaßt des demnächstigen Zusammentritts der Hofkammerverjammlung.

Ob der österreichische Ministerwechsel in besonderem Zusammenhange mit der Balkankrise steht, wird sich ja bald zeigen müssen. Gewiß verdient die Tatsache, daß jetzt die Vertrauensmänner der Kriegspartei die höchsten militärischen Ämter innehaben, ernsteste Beachtung. Trotzdem sträubt sich der Gedanke immer wieder dagegen, daß die österreichische Regierung wirklich den Krieg entfesseln könnte. Denn die Fragen, die wenigstens offiziell zur Lösung stehen, sind durchaus solche, die diplomatisch erledigt werden können, wenn nur halbwegs der gute Wille zum Frieden vorhanden ist. Auch für Serbien wäre es nicht minder Wahnsinn, sich nach dem Blutverlusten des Balkankrieges in neue unabsehbare Abenteuer zu stürzen. — Oesterreichisch-offiziös meldet man zum

Wechsel im Kriegsministerium.

Budapest, 10. Dezember. Auf eine Anfrage erklärte der Ministerpräsident Tisza auf allerbestimmteste, daß die Veränderungen in der Oesterreichung mit der auswärtigen Situation nicht im geringsten im Zusammenhang ständen. Der Rücktritt des Kriegsministers Kuffenberg sei schon seit langem beschlossene Sache gewesen. Wie die militärische Korrespondenz erzählt, ist die Ernennung des Feldzeugmeisters v. Kroatina bereits erfolgt. Ihre Veröffentlichung dürfte morgen erfolgen.

Wien, 10. Dezember. Die Wiener und Budapest Abendblätter konstataren auf Grund von Mitteilungen unrichtiger Art übereinstimmend, daß der Personalwechsel in der Leitung des Kriegsministeriums und des Generalstabes mit der auswärtigen Lage nicht in dem geringsten Zusammenhang stehe. Der Rücktritt des Kriegsministers von Kuffenberg sei bekanntlich schon seit längerer Zeit in Aussicht genommen, während die Gründe, welche seine Abreise für das Scheitern des Freiherrn v. Hörsing von dem Posten des Generalstabschefs maßgebend waren, längst nicht mehr existieren. Schemua hätte stets nur als Plakhalter des Freiherrn v. Hörsing gedient, dessen Rückkehr auf den Posten des Generalstabschefs daher nicht überraschen würde.

Friedliche Töne und kriegerische Maßnahmen.

Wien, 10. Dezember. Die österreichische Regierung versichert der Firma Kuhn, Rohn und der National City Bank, welche 25 Millionen österreichischer Schilling eine Übernahme, die europäische Lage sei so gebessert, daß weitere kriegerische Verwicklungen nicht mehr zu erwarten seien. Budapest, 10. Dezember. Das ungarische Mittelblatt veröffentlicht heute eine königliche Verordnung, in der die Einstellung der Ausfertigung von Pässen an jede Art wehrpflichtiger Personen in Oesterreich-Ungarn verfügt und die Auswanderung militärpflichtiger Männer für das ganze nächste Jahr verboten wird.

In den Friedensverhandlungen.

Konstantinopel, 10. Dezember. Von maßgebender türkischer Stelle wird dem Vertreter von Wolffs Telegraphen-Bureau erklärt, es sei sicher, daß die Türkei keinen Frieden schließen werde, wenn nicht Adrianopel, und zwar als Festung zurückbleibe. Außer der an der Thakatalbahnlinie verammelten Armee übten augenblicklich Rekruten und Ersatzreserven in Konstantinopel. Ferner seien noch mehrere vollständige Divisionen aus Anatolien unterwegs, über deren Stärke und Bewegung strengste Stillschweigen beobachtet wird. Die Türkei würde sich daher bei eventuellem Abbruch der Verhandlungen mit sehr ansehnlicher Macht dem Feinde gegenüber befinden.

Bulgarien und Rumänien.

Bukarest, 10. Dezember. Ueber die Mission Dr. Danows verläutet in unrichtigten Kreisen, daß er lediglich deshalb hier gewesen sei, um sich über die Wünsche Rumäniens zu informieren, welche in amtlicher Form jetzt zum ersten Male Bulgarien zur Kenntnis gebracht worden seien. Grundtätliche Schwierigkeiten für die Erledigung der schwersten Fragen hätten sich bei dem Gedanken-austausch Danows mit den hiesigen maßgebenden Stellen nicht gezeigt. Die von Danows übermittelte Auffassung Bulgariens, daß die Verhandlungen über diese Wünsche erst nach dem Friedensschlusse mit der Türkei möglich wären, wird von den hiesigen leitenden Kreisen nicht geteilt. Diese begehen es im Gegenteil als wünschenswert, daß sich beide Staaten möglichst rasch einigen und daß die Verhandlungen über die rumänischen Wünsche noch während der Friedensverhandlungen in London stattfinden.

Bulgariens Genfur.

Belgrad, 10. Dezember. Die bulgarische Genfur verbinde die Belgrader Korrespondenten der Frankf. Rp. die Keuzerungen des Delegierten des Roten Kreuzes, Dr. Karwal, über die sanitären Verhältnisse des bulgarischen Kriegsschauplatzes zu drucken.

Die Griechen vor Salona.

Rom, 10. Dezember. Aus Salona wird gemeldet: Man sieht dort den Einmarsch der Griechen sichtlich entgegen. Eine griechische Division habe Chimara, 40 Kilometer südlich von Salona, besetzt.

Griechische Beschlagnahmen.

Rom, 10. Dezember. Trotz sofort in Athen erhobener Vorstellungen ist ein bei Salona durch den griechischen Hilfskreuzer Racedonia aufgedrachter italienischer Handelsdampfer Adriatico noch nicht freigegeben worden. Er liegt unter Besatzung in Korfu und dürfte weder seine Wehrladung, noch 17 albanische Passagiere abgeben. Kontorbande ist an Bord nicht vorgefunden worden.